

erschint 6mal wöchentl. mit Wochensonderbeilagen, Sonntags- und Feiertagsbeilagen. Preis 1.00 M. ...

Mittwoch, den 16. Oktober 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die Leihbibliothek ...

Sächsische Volkszeitung

Verlag: Germania, Dresden, ...

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung ...

Vor einem neuen Schritt Macdonalds

Der englische Ministerpräsident will die Abrüstungskonferenz vor dem Verjahren stellen

Mahnungen an Deutschland

Der politische Korrespondent der Morning Post schreibt: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abrüstungsproblem ...

Wahrscheinlich wird die neue von Macdonald in Aussicht genommene Methode den Gegenstand der Erklärung bilden, die er am Schluß seiner geistigen Rede in Aussicht gestellt hat.

in großen Jüngen unterbreiten wird. Wahrscheinlich wird die neue von Macdonald in Aussicht genommene Methode den Gegenstand der Erklärung bilden, die er am Schluß seiner geistigen Rede in Aussicht gestellt hat.

Vor dem Ausschuss der Nationalen Labour Party hielt Macdonald am Montag eine Rede, in der er auch auf die Frage der deutschen Gleichberechtigung zu sprechen kam.

die deutsche Sache in ihrem vollen Umfange kennen, und Deutschland sollte an der Vorbereitung und dem Zustandekommen dieser Vereinbarung sehen, daß seine Anwesenheit bei den Verhandlungen erforderlich sei, um mit allen Beteiligten Ansehen austauschen zu können und die Informationen zu geben, die nötig seien.

Deutschlands Abwesenheit schließe die Gefahr in sich, daß seine Stellungnahme mißverstanden werden könne.

Der einzige Wunsch, den die Nationale Regierung hat, ist, daß Deutschland mit uns kammt, und daß wir alle zusammengehen, damit wir am Ende der Besprechungen gemeinsam zur Abrüstungskonferenz kommen können.

Wie wir erfahren, ist der englische Geschäftsträger Newton Montag nachmittag wieder beim Reichsaußenminister gewesen, um ihm nochmals die Einladung zu der Mächteparlamentkunft in Genf zu überbringen.

Wie wir erfahren, ist der englische Geschäftsträger Newton Montag nachmittag wieder beim Reichsaußenminister gewesen, um ihm nochmals die Einladung zu der Mächteparlamentkunft in Genf zu überbringen.

„Jugenderfüchtigung“

Wir geben den folgenden Artikel, der aus Kreisen der Zentrumsjugend stammt und daher besondere Beachtung verdient, als Beitrag zu der Diskussion über eine Lebensfrage des katholischen Christentums wieder, ohne uns mit allen Formulierungen des Artikels zu identifizieren, D. H.

Das Reichskuratorium für Jugenderfüchtigung ist ein Produkt der „unabhängigen“ Staatsführung, die das deutsche Volk zu erleben die hohe Ehre hat. Unsere Stellungnahme muß wesentlich bestimmt sein nicht nur vom Wortlaut und Kommentar des Erlasses, sondern auch von der klaren Erkenntnis, daß die „unabhängige“ Staatsführung in Abhängigkeit von drei Machtgruppen erfolgt: Großkapital, Junkertum und Militär.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung Papen mit allen Mitteln hinstrebt zu dem Obrigkeitstaate, der die Sehnsucht dieser Klassenkämpfer in Fackel und Uniform ist. Jugenderfüchtigung als Mittel solcher Regierungspolitik befreit von der Wurzel an die Hemmungen, die aus dem Volke entstehen.

Das Ziel katholischer Jugenderziehung ist die sittliche Persönlichkeit des Einzelnen, die ebenjahren Eigenwert besitzt, wie sie Glied ist im Reiche Gottes und im Volks- und Staatsganzen. Wir lehnen jede Einseitigkeit in der Methodik und im Ziel ab.

Der Erlass ist erfolgt ohne Rücksichtnahme mit den katholischen Verbänden. Das Reichskuratorium soll nach fertigen Richtlinien unter Führung des Reichsinnenministers von Genf und des Generals von Stülpnagel arbeiten.

Alle Vorbedingungen sind somit gegeben, daß nicht bloß die körperliche Erfüchtigung, sondern eine tiefere Staats-erziehung gewährleistet ist. Wir können als Katholiken nicht verantworten, unsere Jugend diesen fremden, nichtkatholischen und stets unkontrollierbaren Einflüssen in Konzentrationslagern auszuliefern.

Wenn auch von Seiten des Reichsinnenministeriums die Freiwilligkeit der Mitarbeit bei voller Selbständigkeit der Verbände betont wird, so müssen wir darauf verweisen, daß die Reichsregierung öffentliche verfassungsmäßig selbständige Organe (Reichstag, Freytagregierung) mit „Gründen“ ausgebildet hat, die in ähnlicher Weise jederzeit ganz „unabhängig“ auf unsere privaten Organisationsstellen treffen können.

Hugenberg gegen Luther

Die Deutschnationalen möchten den Reichsbankpräsidenten ausschalten

Schleier in Urlaub

Das Ausbilden von Kontingenten, fuhr Hugenberg fort, ist letzten Endes einfacher als das System der Devisenbewirtschaftung, unter dem Deutschland heute leidet und das von der international beeinflussten Reichsbank ausgebaut werde.

Die gegenwärtige Reichsbank läßt wie ein schwerer Alp auf der ganzen deutschen Wirtschaft und verhindert immer von neuem die Maßnahmen, die Deutschland und die ganze Welt zur Gesundung führen könnten und die mit Inflation oder dergleichen nicht das mindeste zu tun hätten.

Dieser Angriff Hugenbergs gegen Luther liegt im Zuge der Politik, die seit Monaten von deutschnationaler Seite gegen den Reichsbankpräsidenten geführt wird.

nicht den allgemeinen Handelsstopp gegen Deutschland durch eine leichtfertige Kontingentierungspolitik heraufbeschwören will, möchten ihn die Deutschnationalen beiseite lassen. Ein Grund mehr, an Dr. Luther, der die Sicherheit der Währung mit anerkannter Wertigkeit verteidigt hat, festzuhalten.

Schleier in Urlaub

Wie bereits gemeldet, gehen in diesen Tagen mehrere Minister in Urlaub. Dazu wird noch bekannt, daß Reichswehrminister v. Schleier die Absicht hat, etwa bis zu den Wahlen in Urlaub zu bleiben.

Sehr wichtig scheint also Herr Reichswehrminister v. Schleier die deutschen Wahlen nicht zu nehmen. Er weiß ihm kann „mit gehen“...

Eisenbahnunglück in Temesvar

Budapest, 18. Oktober. Wie der „Pester Lloyd“ aus Bukarest meldet, entgleiste im Bahnhof von Temesvar ein Eisenbahnzug. Nach den bisherigen Meldungen sind achtzehn Tote zu beklagen.

Bei dem verunglückten Zug handelt es sich um einen Güterzug, der als letzter Wagen einen Personenwagen mitführte, in dem 34 Bahnarbeiter saßen. Der Weichensteller, der seit 21 Jahren an dieser Stelle seinen Dienst versieht, hatte die Weiche umgestellt, bevor der Personenwagen die Weiche passiert hatte.

Von den bei dem Unglück bei Temesvar Schwerverletzten sind noch 6 ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten bisher auf 24 beläuft.

Notizen

Eine Erklärung Graf Galens

In der Presse, auch in einer Reihe sächsischer Zeitungen, war eine Rede stark beachtet worden, die Graf Franz v. Galen vor dem Alt-Windthorstbund in Münster gehalten hat. Man hatte diese Rede dahin gedeutet, daß Graf Galen andere politische Wege für richtig hielt als die Zentrumsführung. Graf Galen veröffentlicht nun in der Germania eine Erklärung, in der er sich hinter die Führung des Zentrums stellt. Seine Ausführungen seien mißdeutet worden. Er habe nur als seine persönliche Auffassung vorgetragen, das Zentrum müsse nach einer Einigung mit der Regierung streben. Ob eine solche Einigung möglich sei, hänge allein von der weiteren Haltung der Reichsregierung ab. Die Erklärung fährt dann fort:

„Ich weiß, daß Gedanken, wie ich sie am 3. Oktober in Münster vorgetragen habe, von den Führern der Zentrumsparlei sorgfältig geprüft und erwogen werden. Ich selbst kann mich heute der ernstesten Befürchtung nicht verschließen, daß die unerlässlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung für die Deutsche Zentrumsparlei leider nicht gegeben sind. Mit vollem Vertrauen betenne ich mich zu der politischen Linie der an erster Stelle für die Haltung des Zentrums maßgebenden Herren Kaas, Joos und Brüning. Möge unter ihrer bewährten Führung die gesamte Zentrumsbewegung einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen! Möge die Zentrumsparlei so stark aus den Wahlen hervorgehen, daß sie nicht nur nach wie vor der unerschütterte Schutzwall für unsere heiligsten Interessen sei, sondern auch der Bahnbrecher notwendiger Reformen und eines nach den Grundsätzen des göttlichen Sittengesetzes geordneten Volkslebens!“

Diese Erklärung ist ein neues erfreuliches Zeichen für die völlige Einmütigkeit der Zentrumsparlei. Werden nun alle die sächsischen Blätter, die die irreführenden Berichte über die Rede Graf Galens gebracht haben, auch diese Richtigstellung bringen?

mien an die beteiligten Verbände, womit Freiwilligkeit und Gleichberechtigung weitgehend illusorisch werden.

Die einseitige Erziehung hin zum Saal muß erst recht in der besonderen Form der Militarisation der Geister abgelehnt werden. Wozu ein General als Führer? Wozu ehemalige Offiziere als Lehrer? Kommt es wirklich nur auf Sport, Ausdauer, Stählung von Körper, Verstand und Willen an, dann genügen Sportlehrer, dann genügen die Einrichtungen der bestehenden Organisationen, die mit amtlicher Anerkennung bis heute in glänzender Weise diese Aufgaben erfüllt haben, dann ist das ganze Kuratorium in dieser Form überflüssig und unnötig.

Geht es aber darum, neben diesen Dingen die patriotische „nationale“ Gesinnung, Wehrsport und militärische Begeisterung und Schulung zu lehren und zu lernen, dann ist in solchem Maße katholische Freiheit und katholische Gesinnung gefährdet, daß kein Wort der Ablehnung scharf genug sein kann. Solche Erziehung brängt mit psychologischer Konsequenz zu Kriegsbegeisterung und Kriegsbekämpfung und steht damit in schärfstem Widerspruch zu den Forderungen der katholischen Kirche. Papst und Bischöfe fordern eindeutig: Erziehung zum Frieden, Küstung zum Frieden, Abbau des Hasses, Abbau militärischer Macht.

Katholische Jugendführer werden sich klar entscheiden müssen — und sie haben so entschieden — gegen die Zerstörung katholischer Freiheit, auch wenn es Verzicht auf staatliche Subventionen bedeutet. Katholische deutsche Jugend muß den Fetischglauben an die Uniform, den Glauben an die sittliche Erziehung durch den Korporalstab und das Spiel mit Soldaten verneinen und laut betonen, daß sie gewillt ist, an keiner Maßnahme mitzuwirken, die geeignet ist, Christus in der Augen- und Wehrpolitik immer aufs neue zu kreuzigen.

Wir bekennen uns zu Kraft, Mut, Disziplin, Ausdauer, Geistes- und Willenskraft, Opferinn und Kameradschaft. Wir stellen fest, daß die bestehenden Verbände und gerade die katholischen alles getan haben und tun, um ein starkes Geschlecht zu erziehen. Wir bekennen uns zu Volk und Staat und stellen fest, daß die Arbeit unserer Bünde aufs stärkste zu diesen Gemeinschaften führte.

Wir bekennen uns aber zuvörderst als Glieder des Reiches Gottes; und als solche haben wir die Ver-

Parteikalendar

- Markneukirchen.** Mittwoch, 19. Oktober, 8 Uhr im Vereinszimmer. — Pfarrer Kirisch (Reichenbach).
- Dresden-Johannstadt.** Mittwoch, den 19. 10., 20 Uhr Wahlkundgebung für Dresden-Ost im großen Saale von Sammers Hotel, Augustburger Str. 7. — Es sprechen Reichstagsabgeordneter Winkler (Köln) und Stadtv. Müller.
- Königsbrunn.** Mittwoch, 19. 10., 20 Uhr. — Redner: F. Jensch (Dresden).
- Elmbach Sa.** Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr. — Dr. Krache (Dresden).
- Wdorf.** Donnerstag, 20. Oktober, 8 Uhr im Schützenhaus. — Pfarrer Kirisch (Reichenbach).
- Annaberg i. E.** Donnerstag, den 20. Oktober, in der Goldenen Sonne, abends 8 Uhr, Zentrumsversammlung. — Redner: Herr Holz, Chemnitz.
- Reichenbach.** Donnerstag, 20. 10., 20 Uhr. — Redner: Apotheker S. Tränkner (Dresden).
- Reichenbach.** Donnerstag, den 20. 10., 20 Uhr. — Redner: E. Klau (Reichenbach).
- Reichenbach i. B.** Freitag, 21. Oktober, 8 Uhr, Vereinsaal. — Pfarrer Kirisch (Reichenbach).
- Dresden.** Freitag, 21. 10., 20 Uhr. — Redner: Dr. Krache (Dresden).

Keine Landtagsauflösung

Nur Kommunisten und Nationalsozialisten für Auflösung des Sächsischen Landtags

Dresden, den 18. Oktober.

Zu einer einstündigen Sonder Sitzung trat heute der Landtag um 11.30 Uhr zusammen. Die Sozialdemokraten beantragten vor Eintritt in die Tagesordnung, daß auch ihre Anträge gegen die Münchner Rede Papens mit verhandelt würden. Aber die Deutschnationale Partei verhinderten dies durch ihren Widerspruch.

Dann begründete Studentowski den nationalsozialistischen Antrag auf Landtagsauflösung. Er erklärte selbst, nicht viel Neues sagen zu können, da schon früher alles über diese Frage gesagt worden sei. Leider sei eine Zusammenlegung von Reichs- und Landtagswahl infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr möglich — Studentowski tat wahrhaftig so, als ob sein Antrag Aussicht habe, angenommen zu werden. Dann vergaß er ein paar Kavaliersstrichen darüber, daß die Regierung die Beschlüsse des Landtages nicht ausführe. — Studentowski, der Hüter der parlamentarischen Rechte! Papens Politik mache es notwendig, daß in den Ländern Parlamente vorhanden seien, die sich auf den Volkswillen stützen.

Begreiflicherweise hat es der sozialdemokratische Gegenredner Abg. Böchel, leicht, Studentowski aus dem Sattel zu werfen, denn er und seine Nazi-Freunde haben sich ja zu viele Blößen gegeben. Mit Recht hob Böchel hervor, daß die Nationalsozialisten jetzt vor der Neuwahl zitterten. Als Papen mit der Auflösung des Preussischen Landtages drohte, seien die Nationalsozialisten sofort zu Kreuze gefahren und hätten die Beamten, die sie vorher zur Widersehltheit aufgefordert hatten, gebeten, brav zu sein. Als kürzlich Oldenburg-Janschau mit Schieschen drohte, riefen die Nationalsozialisten Hindenburg um Hilfe. Dieselben Leute, die nicht genug mit Köpfchen und Aufhängen drohen konnten!

Eine Enttäuschung wurde den Nationalsozialisten auch durch die Deutschnationalen bereitet. Sie erklärten, nicht für den Antrag stimmen zu können, wie sie es befaßlich in früheren Fällen getan haben, bei den wesentlich veränderten politischen Verhältnissen würde eine Neuwahl keine grundsätzliche Aenderung der Mehrheitsverhältnisse bringen. Es erscheine angebracht, die Reichs- und Verwaltungsreform abzuwarten.

pflichtung, freie sittliche Menschen, Diener einer neuen göttlichen Wertordnung in der Welt zu sein.

Diese Aufgabe wird gefährdet durch die Pläne zur Errichtung des Kuratoriums für Jugendberufshilfe. Wir lehnen die vorgesehene Maßnahmen aus religiösen, pädagogischen und nationalen Gründen ab. Nur solche Politik können wir bejahen, die immer und an allererster Stelle Gottes Gebot und Christi Lehre setzt.

Die Affäre Klepper

Geschäftsordnungsdebatte im Untersuchungsausschuß.

Berlin, 18. Oktober.

Die öffentliche Sitzung des Klepperuntersuchungsausschusses des preussischen Landtages, in der die ersten Zeugenvernehmungen über die Beschuldigungen erfolgen sollen, die gegen den früheren Finanzminister Dr. Klepper erhoben werden, hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Die Zeugenvernehmungen sollen sich zunächst auf den Fall „Königliche Volkszeitung“ erstrecken. Insgesamt sind 16 Zeugen geladen.

Zu Beginn der Sitzung beantragte der Berichterstatter Abg. Steuer (Deutschn.), sämtliche Zeugen vor ihrer Aussage



Generalsekretär J. A. Avenol.

Der Franzose J. A. Avenol, bisher Stellvertreter Sir Eric Drummonds, ist zum Generalsekretär des Völkerbundes ernannt worden.

Auch die Mittelparteien gaben eine kurze Erklärung gegen die Auflösung ab und nur bei den Freunden von den Linken, den Kommunisten, fanden die Nazi Zustimmung.

Der Auflösungsantrag wurde darauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der beiden radikalen Parteien abgelehnt.

Dann wandte man sich der Beratung sozialpolitischer Anträge zu. (Die Sitzung dauert fort.)

Entscheidung des Staatsgerichtshofs am 25. Oktober

mit Leipzig, 18. Oktober.

Die materiellen Verhandlungen im Verfassungskonflikt wurden Montagabend beendet. Präsident Ullrich teilte mit, daß die Entscheidung nicht vor Dienstag nächster Woche verkündet werde. Er könne aber noch nicht sagen, ob überhaupt eine Entscheidung ergehen werde, oder ob die Verhandlung wieder eröffnet werden müsse.

Endgültiges Ergebnis der Beamtenratswahlen

Dresden, 18. Oktober.

Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erfährt, liegt nunmehr das endgültige Ergebnis der Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden, der Sachsen und die Eisenbahnwerkstätten der Bezirke Halle, Magdeburg und Erfurt umfacht, vor. Es lautet: Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands 10 312 — 5 Sitze, Zentralgewerkschaftsbund der Reichsbahnbeamten 5215 Stimmen — 2 Sitze, Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer 3032 — 2 Sitze, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 2729 — 1 Sitz und Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Reichsbahnbeamten 3533 — 1 Sitz.

zu vereidigen. Abg. Reisinger (Zentrum) wies darauf hin, daß ein solches Verfahren noch nie in den Untersuchungsausschüssen üblich gewesen sei, wrauf der Vorsitzende erwidert, daß dieses Verfahren auch wiederholt zu Unzuträglichkeiten geführt habe. Abg. Sillat (Soz.) fragte, ob die Akten seit dem Reichskommissar angeleitet worden sind. Der Vorsitzende Abg. Zube (Dn.) erwiderte, er habe den Dienstweg über den Reichskommissar gewählt, weil er die Akten auch über den Reichskommissar vom Finanzministerium angefordert habe.

Bei Sozialdemokraten und Zentrum erhob sich gegen dieses Vorgehen lauter Widerspruch. Auch der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte, er hätte zwar den Dienstweg über den Justizminister aber nicht über den Reichskommissar, der mit dem Ausschuss nichts zu tun habe, für richtig gehalten. Hier liegt eine Ueberschreitung der Befugnisse des Vorsitzenden vor. Am Schluß der mehr als einstündigen Geschäftsordnungsansprache beschloß dann die Ausschussmehrheit zunächst Dr. Klepper als Zeugen zu vernehmen.

Aufbruch in Frankreich

Ein deutscher Journalist getötet

Paris, 18. Oktober. Ein mit zwei aus Genf nach Paris zurückkehrenden Journalisten und einer österreichischen Dame besetztes Auto fuhr bei Juvisy, südlich von Paris, in voller Fahrt auf einen Lastkraftwagen auf. Der Journalist, der am Steuer saß und Charles Martins heißt, sowie die österreichische Dame wurden getötet, während der andere Journalist namens Sechos leicht verletzt wurde. Nach dem „Paris Soit“ soll es sich bei dem Getöteten um den deutschen Journalisten Karl Merten handeln, der 1902 in Kassel geboren wurde.

An Frankreichs Adresse

Danzig und der Korridor eine Demütigung für Deutschland

London, 18. Oktober.

Das Parlamentsmitglied Croftley schilderte in einer Rede in Manchester mit Bezug auf Danzig und den Polnischen Korridor die erschreckenden Eindrücke, die er während einer Reise nach Ostdeutschland und Danzig erhalten habe. Croftley wies auf die Demütigungen hin, die sich aus der Grenzziehung im Osten für Deutschland ergeben und betonte, daß in den letzten Jahren nicht weniger als 93 Grenzzwischenfälle vorgekommen seien. Er betonte, es sei Englands Pflicht, Frankreich zu zeigen, daß es gerade die Politik verfolge, die Deutschland zum Angriff treiben müßte.

Reichsbankausweis vom 15. Oktober

Berlin, 18. Oktober.

Nachdem Auweis der Reichsbank vom 15. Oktober 1932 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 179,6 Millionen auf 3232,1 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 162,3 Millionen auf 2747,2 Millionen RM. die Bestände an Reichsbankwechseln um 7,9 Millionen auf 30,5 Millionen RM. und die Lombardbestände um 9,4 Millionen auf 92,1 Millionen RM. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 98,3 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflohen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 99,3 Mill. auf 319,0 Mill. RM. verringert, derjenige an Rentenbankscheinen um 1,0 Millionen auf 400,7 Millionen RM. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 20,4 Millionen RM. erniedrigt. Die fremden Gelder zeigen mit 368,9 Millionen RM. eine Abnahme um 45,3 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,8 Millionen auf 932,0 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,4 Millionen auf 796,8 Millionen RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,4 Millionen auf 135,2 Millionen RM. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. Oktober 26,5 Prozent gegen 26,7 Prozent am Ende der Vorwoche.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweise lebhaft kühle Winde aus nördlichen Richtungen. Nur vorübergehend Vermittlungsbahn. Derlich Nebel. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Zeitweise Niedererschläge.

Allenha in

Am Sonntag bezirkungsgeordnet vorbereitungen abgegrüßte die Erden und Frau B. dieses Wahlkampfs zeichnete der Gegen die Wahlberechtigung in müße, wenn man Fall verhindert in schen Geschichte d. Schicht des deutl. und Ketter führen Wirtschaftspragman, ruhige Kritik, antwortungsobem freunde ihrer Zentralfazialisten z. muß man die ergrühen. Diese Erten Wochen bestä

Richt mit Pessli

meil vlt überzeu führung des Nat den die Wahlver Flugblattfrage, Z klaffen die Vera Ausprache zum tagoverhandlung

Die

begann um 20 11 stellend besucht. U bedeutung des Aber um unfer staats Bullman-Dre ren Linien die E. meigung gegen die

Der Kreisso

Goldnen Weintr zusammen. Alle C konnten die von 4

Der Kreisso entwarf in treffli ligen politischen auölandischer Zel sehen will. Unfer freudlich aus. Die hat sie wie noch noch im Parlame Grund liegt in so allen die Verant licherungen gegen a standen sind, in unteren Volksch Unzufriedenen tre cheren Maßnahmen der Verfassung vo

Ein freies Volk

Im Polke wächs

Prinzipium zum Fe sozialistische Part der wegen se kämpft wird. Na Sendung bewacht Einde der Verfaß Bestimmungen um schon seit Jahren Reichshandlers v. des Richtiglich k kein. Für die Ze Parole „Für heben

Tem mit all

sch eine erzielige

Mehrmüßig Verlaß der Ver Ja Plänen bestim nitags Verhand lidenfliche zur S Hltsverja m mer wenige Herre die katholische G recht zuviel auf führung: alle fünf am ung in viele viele müß transparenz in W innerer Geschloßen kenntung ist in 9 Stellung! Das Hauen! Stimm! Parter Kreis! foudert zu begel! Herr Parter Kl Et verliert über ka Ereignis, al

Wirtschaftsprogramm des Zentrums

Abgeordneter Hackelsberger spricht in Münster über Papens Notprogramm und den Ausweg aus der Krise

Stimmen Papens Voraussetzungen?

Die Wirtschaft braucht politische Ruhe

Auf der großen Kundgebung der Deutschen Zentrumspartei, die am gestrigen Montag in Münster stattfand, sprach neben Prälat Dr. Raas, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergegeben haben, der Abg. Dr. Hackelsberger über das Wirtschaftsprogramm des Zentrums. Er führte folgendes aus:

Nachdem unser verehrter Herr Parteiführer vor Ihnen in umfassender und tiefgründiger Weise die gesamtpolitischen Grundlinien aus Perspektiven aufgezeigt hat, obliegt es mir, als christlicher Unternehmer von der Grundanschauung der Zentrumspartei aus zu den wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung Papens Stellung zu nehmen und darüber hinaus darzulegen, wie wir uns von unserer weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Grundhaltung aus die Weisung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft denken.

Die Wahlen in Deutschland häufen sich in letzter Zeit in so erschreckendem Maße, daß man wahrhaftig die Formulierung besagen kann, während des Krieges hat sich das deutsche Volk totgewegelt und jetzt ist es auf dem besten Wege dazu, sich tot wählen zu lassen. Wenn doch endlich unser Volk und unsere Wirtschaft von diesem verheerenden Druck dauernd vollkommener Beunruhigungen und Wahlen wieder befreit würden! Es ist auf die Dauer unmöglich, daß eine ohnehin bereits atomisierte, blutarme Wirtschaft in dieser ungesunden Atmosphäre sich wieder aufrichten und weiter gedeihen kann. Auch das schönste Wirtschaftsprogramm kann unter solchen Voraussetzungen nicht zu einer wirklich nachhaltigen Besserung führen.

Und damit, meine Damen und Herren, ein Wort zu den wirtschaftspolitischen Notverordnungen der Regierung von Papen, die unter der Flagge „Wirtschaftsprogramm“ gestartet sind. Man wird diese reichlich anspruchsvollen Maßnahmen gegenüber objektiverweise betonen müssen, daß es sich hier nur um eine Art Notprogramm, um einen Versuch handeln kann, der selbst bei vollem Gelingen lediglich eine Brücke darstellen wird zu einer besseren wirtschaftlichen Existenzgrundlage.

Aber auch diese Brücke kann uns nur dann an ein glücklicheres Ufer führen, wenn die Zeit der Ueberbrückung von der Regierung mit größerem politischem Geschick und stärkerem psychologischen Einfühlungsvermögen in die Lebensverhältnisse und Notwendigkeiten eines 65-Millionen-Volkes dazu benutzt werden, um in ruhigerer politischer Atmosphäre die einzelnen Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vernünftig zu reformieren. Mit unbedachtem Altruismus, mit überstürzten Improvisationen, die das rechte Verständnis für das Gewicht der Dinge vermissen lassen, kann diese Aufgabe nicht gemeistert werden.

Ich möchte diese Einschränkung an den Anfang meiner Betrachtung stellen, bevor ich den Versuch der Reichsregierung auf seine eventuellen Möglichkeiten überprüfe. Jeder Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Winternot, jedes Programm, das die Fähigkeit zur Besserung des ungesunden Elends besitzt, verdient Unterstützung und Förderung, gleichviel, von wem es vertreten wird.

Jedes Programm trägt, wenn es wirklich zweckmäßig ist, die innere Weisheit, wodurch es allem kleinlichen englischen Parteigehänge entrückt sein muß.

Unter diesem Gesichtswinkel reiner Sachlichkeit stehen wir auch dem Versuch der Regierung von Papen gegenüber. Not und Verzweiflung sind zu groß, als daß wir nicht Benützung über jeden wirklichen Fortschritt empfinden.

Tiefpunkt der Krise wahrscheinlich überschritten

Was nun den gewerblichen Sektor des Planes selbst betrifft, so sieht er zwei wesentliche Punkte als materielle Voraussetzungen für seinen Erfolg und dessen Gelingen vor. Er geht davon aus, daß der ungeheure Schrumpfungsvorgang erreicht und die Wirtschaftskrise ihren Drehpunkt bereits überschritten hat. Er ist der Auffassung, daß die elementare Kraft der Schrumpfungsvorgänge der Wirtschaft nicht mehr nach unten drängt, und daß man daher jetzt alles daranlegen müsse, den Wirtschaftstendenzen wieder Ruck zu machen und den natürlichen Belebungsprozess zu unterstützen.

Als zweites sieht die Regierung eine weitreichende Vernachlässigung der notwendigen Reparaturen in unserem gewerblichen Produktionsapparat und dem gesamten Hausbedarf. Sie bezieht den Zustand als aufgestauten Erhaltungsbedarf und folgert daraus, daß in dem Augenblick einer steuerlichen Entlastung in erster Linie die Gelder zur Aufholung dieses Erhaltungsbedarfes Verwendung finden.

Zu diesen zwei materiellen Voraussetzungen, die m. E. grundnotwendig sind, wenn der Start des ganzen Programms nicht von vornherein schief liegen soll, fuzt folgendes:

Die Weltwirtschaftskrise, deren Ausmaß zur Verschärfung der besonderen deutschen Krise entscheidend beitrug, scheint tatsächlich den Tiefpunkt überunden zu haben. Die bessere Stimmung an den internationalen Rohstoffmärkten hat sich nach den gegenüber einer überstürzten Anfangsbewegung unvermeidlichen Rückschlägen weiter behauptet. Der Tiefpunkt der Rohstoffpreise scheint endgültig überschritten zu sein und einer Preissteigerung Platz zu machen, die nicht auf Spekulation, sondern auf einer lediglich besseren Anpassung des Angebots an die Nachfrage beruht. Ein deutliches Symptom einer allmählichen Weltwirtschaftsbesserung scheint auch die rapide Verfüllung der internationalen Geldmärkte zu sein, die nach neuer Belebungsdrängen.

In England und Amerika macht sich seit längerem eine hoffnungsvolle Steigerung geltend: sie ist bestimmt in Europa durch Erscheinungen tatsächlicher Besserung, die auf eine zeitweilige Steigerung der Wettbewerbslage infolge der Währungsmaßnahmen zurückzuführen sind. Durch eine verhältnismäßig weit gediehene Auflockerung des Kapitalmarktes und eine gewisse, in den spezifisch englischen Verhältnissen begründete Wirkung der Zollpolitik. In den Vereinigten Staaten beginnt die Verfüllung des Geldmarktes auf den Kapitalmarkt überzugehen, nach den Erfahrungen früherer Krisen erstes Anzeichen eines Umschwunges. Auf die übrigen Weltwirtschaftlichen Amerikas möchte ich vorerst keinen allzu großen Wert legen, da sie erfahrungsgemäß in hartem Umfange wohlpolitisch inaktiv sind. Man wird erst nach den Novemberwahlen sehen, was an diesen Weltwirtschaftlichen echt, und was lediglich gemacht war.

Wenn sich die verschiedenen Ansätze zu einer internationalen Besserung der Wirtschaftslage durchsetzen werden, so wird davon, rein wirtschaftlich gesehen, auch Deutschland mitgetragen werden, wenn freilich auch erst in einem gewissen zeitlichen Abstand.

Aber auch in Deutschland selbst sind schon gewisse, wenn auch schwache, Anzeichen eines beginnenden Umschwunges zu beobachten. Dabei möchte ich die Aufwärtsbewegung an der Börse nicht überschätzen, denn so gewis die Börse künftige Bewegungen vorausfühlt, so mahnt doch manches noch sehr zur Vorsicht; abzuweichen davon ist sie zum großen Teil wieder sehr stark zurückgewichen. Wichtiger als die Börsenbewegung selbst ist das heute bereits deutlich erkennbare Abflauen einer Krisenpsychose, die je länger je mehr zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaftsführung zu werden drohte.

In allgemeinen wird man aber für Deutschland jedenfalls noch sorgen müssen, daß irgendwelche besonderen Veränderungen augenblicklich noch nicht spürbar sind. Man wird sich objektivere Sachlichkeit mit der Feststellung begnügen dürfen, daß wenigstens keine weitere Verschlechterung in Produktion und Absatz mehr vorliegt. Wohl sind bereits vielfach bessere Stimmung und gewisse An-

läufe zu neuer Unternehmungslust in Unternehmerkreisen zu beobachten. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative hat gegenüber den mehr oder minder sozialwirtschaftlichen Vorschlägen der letzten Zeit zweifellos starke psychologische Effekte erzielt.

Wie steht es nun mit dem zweiten Punkt, dem Erhaltungsbedarf? Es ist richtig, daß der Produktionsapparat der deutschen Industrie im großen und ganzen intakt ist, wenngleich das nicht auf alle Branchen vollends zutrifft. Man verwehrt hier aber doch vielfach die zweifellos stark überhöhte Produktionskapazität mit einem modernen Stand des Produktionsapparates überhaupt. Die Produktionskapazität ist sicherlich bei uns heute für sehr viele Branchen selbst bei normaler Wirtschaftslage um mindestens 25 Prozent zu hoch. Der Zustand des Produktionsapparates aber ist tatsächlich in den letzten Jahren nicht ganz intakt gehalten worden, weil es für die notwendigen Reparaturen, laufenden Instandsetzungen und normalen Investitionen vielfach am erforderlichen Geld und der Unternehmerinitiative mangelte. Wir haben bei normaler Wirtschaftslage für die notwendigen Erneuerungen und Reparaturen unseres gesamten Produktionsapparates einschl. Wohnungen rund 5 bis 6 Milliarden Mark pro Jahr aufgewendet. In den letzten Jahren sind wir hier nach einwandfreien Schätzungen auf höchstens 2 bis 3 Milliarden gekommen. Schon hieraus geht hervor, daß tatsächlich ein gewisser, aufgestauter Erhaltungsbedarf vorliegt. Eine weitere Reserve sehe ich auch in der Deere der Lager bei Industrie, Groß- und Einzelhandel. Und eine große Möglichkeit liegt schließlich auch in der Steigerung der Ausfuhr, die trotz der fremdbländischen Abhängigkeit bei billigeren Preisen und allerdings bei vernünftiger deutscher Handelspolitik noch entsprechend gesteigert werden könnte.

Es wäre also m. E. überaus glückliche Kritik, wenn man glauben wollte, daß die Wirtschaft keine natürlichen und zweckmäßigen Einhaltsmöglichkeiten für die gebotene Entlastung besäße. Die günstige Konzeption des Anfordungsversuches liegt aber m. E. in allererster Linie auf der betont privatwirtschaftlichen Linie. Er schiebt die Privatwirtschaft wiederum in den Vordergrund. Er will die Persönlichkeit, den einzelnen Unternehmer wieder als tätigen und wachen Menschen betonen. Dieser Versuch, durch Ansporn der privaten Unternehmerinitiative die Wirtschaft wieder zu beleben, ist zu bejahren.

Psychologische Steuergutscheine

Die „letzte Chance“?

Das Kernstück des Versuches selbst stellen zweifellos die sogenannten Steuergutscheine

dar. Diese Scheine, rund 150 Millionen in Form vorweggenommener Steuerentlastung und rund 700 Millionen in Form einer Arbeitsfreudengprämie sind in gewissem Sinne keine Neuerung, aber ungewöhnliche und gewagte Idee. Es ist das Prinzip, daß man sich an seiner zukünftigen Steuerkraft aufrichtet, fast möchte man annehmen, der Gesamtpolitik der Regierung folgen, an jenem eigenen Schoß wieder aus dem Sumpf herausziehen will. Wie man hört, soll dieser Plan nach schmerzlichen Debatten zwischen Regierung und Reichsbank von der letzteren ausgearbeitet worden sein. In ihrer Wirkung scheint uns die volle Gewähr für ausreichenden Schutz der Währung gegeben, zumal die Regierung selbst sich ausdrücklich gegen jedes Experiment auf diesem Gebiet, heiße es Devaluation oder Inflation, feierlich erklärt hat. Eine gewisse Kreditauweitung, die der neue Plan zur Folge haben kann, ist nicht zu fürchten, wenn der Belebungsprozess erzielt wird und Wechselmaterial, das aus gesteigerten Warenumfängen entsteht, zur Reichsbank gelangen sollte.

Der Grundgedanke der Steuergutscheine ist Entlastung der Unternehmer, um neue Arbeitskräfte einstellen zu können, das Wirtschaftlichen anzukurbeln und eine erhöhte, eine den ganzen Wirtschaftskörper mit neuem Mut erfüllende Umstimmtheit anzuregen. Ob diese Wirkung in dem benötigten Umfang erzielt wird, muß allerdings als fraglich bezeichnet werden. Zahlreiche Unternehmer werden die Steuergutscheine zur Abdeckung von Schulden benutzen. Sie erreichen auf diesem Wege eine Verbesserung der Bilanz, ihre Betriebe werden von drückenden Zinsen mindestens zum Teil entlastet. Andererseits werden, deren Unternehmen gesund sind, werden die Steuergutscheine im Trezor liegen lassen oder als Reserve für künftige Kreditaufnahme benutzen. Leider ist aber der größte Teil unserer Wirtschaftskörper nicht in der glücklichen Lage, ohne Kredithilfe arbeiten zu können. Nach einer Periode schwerster Not werden die Scheine daher voraussichtlich überwiegend zur Abdeckung alter Verpflichtungen benutzt werden. Damit wird eine günstigere Liquidität der Wirtschaft erreicht, nicht aber der gewünschte Effekt einer unmittelbaren Belebung des Arbeitsmarktes. Wenn das System der Rückvergütung von Steuergutscheinen einige Monate in Gang sein wird, so wird sich zeigen, wie weitgehender der deutsche Wirtschaftskreis tatsächlich ist.

Wie immer die Unternehmer mit den Steuergutscheinen aber auch umgehen werden, ein gewisser mittelbarer und zum Teil auch unmittelbarer Belebungsprozess wird von ihnen zweifellos ausgehen. Nur darf man die Hoffnungen nicht übersteigern. Zweifellos liegt die Hauptstärke dieser Steuergutscheineaktion auf psychologischen Gebiet, da tatsächlich nicht mehr die Empfindung einer Belastung, sondern grundtätig die Empfindung einer Entlastung hervorgerufen wird.

Ein übertriebener Optimismus also ist, wie bereits betont, keineswegs angebracht. So leicht und so unmittelbar wird sich dieser Zustand von Steuergutscheinen nicht auswirken, daß man nun etwa sagen könnte: „Es hängt jetzt nur noch vom Unternehmer ab, wie er die Steuergutscheine verwendet, und dann geht es in der Wirtschaft wieder hoch!“

So liegen die Dinge ganz beiläufig nicht. Wohl laßt auf dem Unternehmertum eine außerordentlich große Verantwortung für das Gelingen dieser Aktion, keineswegs aber kann ihm die Schuld zugeschoben werden, sofern das Experiment nicht glücken sollte. Man kann unmöglich den deutschen Unternehmer voll verantwortlich machen für ein Programm, das wirklich 50 v. H. nur auf Psychologie abgestellt und zu weiteren 50 v. H. auf Ver-

gängen beruht, die der Unternehmer gar nicht in der Hand hat. Ich erinnere nur an die starke Gefährdung des Notprogramms durch die wenig glückliche, für unsere Arbeiterklasse psychologisch teilweise unerträgliche Regelung der sozialpolitischen Belange. Ich verweise Sie weiter auf den handelspolitischen „Nitt über den Bodensee“. Und ich erinnere besonders an die politische Atmosphäre in unserer Innen- und Außenpolitik, in der m. E. ein gesunder wirtschaftlicher Aufstieg nur schwer, wenn überhaupt, gelingen kann. Wir müssen es deshalb ablehnen, wenn Reichsminister von Papen in seinem Kundenschaft von der „letzten Chance“ des privaten Unternehmertums gesprochen hat. Wir erkläre in seinen Worten eine verhängnisvolle Androhung und Gleichstellung der sozialistischen Kollektivwirtschaft mit der privatwirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftstreibens, während wir die sozialistische Wirtschaft prinzipiell ebenso ablehnen wie den „liberalen Wirtschaftskreis“.

Will man die winterliche Not überwinden, dann ist es erforderlich, nicht nur der Privatinitiative der Unternehmer Hilfe und Raum zur Entfaltung zu schaffen. Es muß auch die

gesamte deutsche Arbeiterklasse

moralisch verpflichtet werden können, alle Kräfte zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen. Imponierabgaben, die von der politischen Seite her kommen, spielen dabei eine außerordentlich große Rolle, um den psychologischen Gesamteffekt der nur vom ganzen Volke ausstrahlen kann, als Voraussetzung für die Treffsicherheit der rein ökonomischen Maßnahmen zu garantieren.

Der Kardinalfehler

So ist m. E. die Einseitigkeit der Hilfe an die Unternehmerklasse ein Kardinalfehler in der Konzeption des Notprogramms. Da gleichzeitig mit der Rückvergütung von Produktionssteuern ein Umbau der sozialen Versicherungen und eine Auflockerung des allzu harten Tarifsystems einhergehen soll, konnten unsere Arbeitnehmerkreise den Eindruck gewinnen, daß die Ueberwindung der Wirtschaftskrise auf ihre Kosten erfolgen solle.

Tatsächlich hat man hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen dem deutschen Arbeitgeber Möglichkeiten gegeben, die er im Interesse des gerade heute so notwendigen Arbeitsfriedens, dann aber auch im Hinblick auf die nun einmal notwendige Kaufkraft unserer breiten Massen gar nicht durchführen kann, selbst wenn er es mit einem weiten sozialen Gewissen vereinbaren wollte. Lohnkürzungen bis zu rund 28 v. H. sind bei dem heutigen Lohnniveau eine materielle und psychologische Unmöglichkeit. Die Arbeitsfreudengprämie und die Lohnkürzungsmöglichkeiten sind zweifellos auch besonders dazu geeignet, in die natürlichen Kontrastverhältnisse während einzugreifen, die Großunternehmen gegen die mittleren und kleinen Unternehmer, die doch ganz besonders die Träger der von der Regierung so stark beanspruchten Privatinitiative sind, zu bevorzugen und die sozialen Arbeitgeber gegen die brutalen unter Strafe zu stellen!

Die Regierung, die neuerdings stets an das ganze Volk appelliert, um es zur Einigkeit und gemeinsamen Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufzurufen, sollte daher eine Ausdeh-

sohe erzieh... der Spel... us 3, Vera... g, Uctia... eiden und... (plus 3,3)

Auftrieb: 181, Kalk... 4 20-22... 29, da 2... 2 23-28... 46, da 4... 4 21-23... 46, da 4... 19: Schien... Schweine... 28, Hähn... 117.

nen 75,5 kg... Induktion... inL. neuer... 3,50; Weiz... 37-39... 35-37... Roggen... 21

terer Ten... schäftsbele... für Berei... rozent, die... 164,5 Bro... oanleihen

Auftrieb: über 333, Direkt von... Schweine... 22-26... 1: Rülhe 1... 1 30-32... 4 34-35... 27, da 4... 44, da 4... 4 m. Ueber... Rülber 9

Auftrieb: el, Kalk... 4 25-27... 2: Rülhe 1... 4 40-42... 23, da 5... 4 44-47,

a von Häh... igher

den - N.,... eden 3645

Shenter

aus... och... Verein... l. Karle... u. Weiber... (8) ...tag... eibe (8) ... (8) ... 1 ... 1900

ehaus... och... eibe W... ermärchen... 0) ...staa... l. Theater... hauptloos... Karlenot.

in... (8) ...len laut... ngen.

Theater... händler (8)

Theater... 1900... (8,15) ...n nur in der... malienkr. 13... 2,30-5 Hec...

ehenter... och... frau von... (8) ... 1900... 12000

omodie... (15) ... 17. April... (5) ... 1900

nung des Systems der Steuererleichterung in Ermüdung zu ziehen. Es würde zweifellos als Akt ungleicher Gerechtigkeit empfunden werden, wenn auch unsere Arbeitnehmerschaft einen Teil der hohen Steuerlast die sich aus dem Lohnabzug ergibt, in Form von Steuererleichterungen zurückergütet erhielte. Jeder dieser Steuererleichterungen würde sich aber auch

Landwirtschaft und Industrie

Widerprüchsvolle Handelspolitik

Ein ganz großer Widerspruch in den handelspolitischen Überlegungen der Reichsregierung liegt ferner in den weitgehenden

Kontingentierungsmassnahmen

gegenüber dem Ausland. Die Regierung scheint von der Festhaltung auszugehen, daß es möglich sein wird, den eintretenden Exportanfall durch eine Stärkung der Kaufkraft auf Seiten der Landwirtschaft auszugleichen. Dieses Experiment aber, konsequent durchgeführt, ist nicht nur gewagt, sondern unmöglich. Alle Anregungen und Hilfen, die der Wirtschaft jetzt gegeben werden, sind nutzlos, wenn eine mehr oder weniger systematische Abriegelungspolitik gegenüber dem Ausland stattfindet. Ein ungeschicktes, innenpolitisches Prestigebedürfnis der Reichsregierung scheint außer dem Nebeneinander von Reichsernährungs- und Wirtschaftsministerium tatsächlich eine der Hauptursachen für die Unlogik der letzten Massnahmen und die zahlreichen Kompetenzschwierigkeiten, die zwischen diesen beiden Ressorts seit Jahren ausgebrochen sind, zu sein. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, diese beiden Ministerien zusammenzulassen und an ihre Spitze einen für die Führung der Handelspolitik allein verantwortlichen Minister zu stellen. Eine Regierung, die den Begriff Autorität bei jeder Gelegenheit betont und eine Reform der Reichsverwaltung an Haupt und Gliedern durchzuführen will, sollte zuerst das Nebeneinander zweier Autoritäten in der deutschen Handelspolitik beseitigen.

Wenn die deutsche Industrie gegen den handelspolitischen Teil der Massnahmen die schärfsten Bedenken hat, so nicht deswegen, weil sie auf die notwendigen Lebensverhältnisse unserer Landwirtschaft keine gebührende Rücksicht nehmen möchte. Gerade die auf dem Boden der Zentrumspartei stehende gewerbliche Wirtschaft ist sich wohl darüber klar, daß eine rentable Landwirtschaft für den Wiederaufbau des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft unerlässlich ist. Sie ist auch der Auffassung, daß Verpflanzung von Menschen aus der Stadt auf das Land, die für uns national, bevölkerungspolitisch wie allgemein wirtschaftlich so dringend notwendige Agrarreformpolitik und damit das ganze Erziehungswesen nur dann von Erfolg begleitet sein wird, wenn die Menschen in der Landwirtschaft auch ihre Auskommen finden.

Wir können aber bei alledem nicht verschweigen, wie unheimlich und widersprüchlich die Kontingentierungsversuche der Regierung zu dem gesamten Notprogramm erscheinen, besonders auch im Hinblick auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz, für die doch gerade die Parole ausgegeben wurde: „Heraus aus der Isolierung!“ Auch der Kanizler von Papen hat in seiner kürzlich erschienenen Rede diesen offensichtlichen Widerspruch in keiner Weise zu widerlegen versucht. Im Gegenteil, man kann aus seinen Ausführungen selbst eine wachsende Einsicht in die Tragweite dieser agrarpolitischen Massnahmen erbliden. Ein Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Kaufkraft der Arbeiterklasse und der Aufnahmefähigkeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse deutet in etwa auf eine solche Erkenntnis. Der Kanizler hat indirekt, wenn vielleicht auch nicht gewollt, selbst zugegeben, daß durch unsere jetzige Handelspolitik eine Erziehung unserer Ausfuhr eintreten muß und daß die Kontingentierungsmassnahmen der Landwirtschaft selbst nichts nützen können, wenn sie so schädliche Rückwirkungen auf die deutsche Industrie haben, wie dies heute bereits in Holland, Italien, in den nordischen Staaten usw. mit täglich wachsender Sorge konstatiert werden muß.

Wir wünschen unseren Freunden in der Landwirtschaft jede auf die Dauer tatsächlich mögliche Entlastung, wir wünschen ihr auch die neueste Zinshilfe und sonstigen Erleichterungen. Wir müssen aber verlangen, daß bei all diesen agrarpolitischen Massnahmen auch die Interessen der Industrie und der Konsumenten nicht gebührende Berücksichtigung finden. Ohne Würdigung dieser Gruppen wird jede Schutzmassnahme für die Landwirtschaft auf die Dauer ein Fehlschlag bleiben, und zwar nicht nur materiell, sondern auch psychologisch. Es scheint uns auch

unmittelbar in Verbruch umsetzen und eine belebende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben. Diese zweifelhafte Bekämpfung der Krise durch die Privatinitiative und eine gleichzeitige Konsumsteigerung müßte doch noch mit grösster Sicherheit zu einer Erhöhung der Umsatztätigkeit, Minderung der Arbeitslosigkeit und damit auch zu höheren Steuereinnahmen führen.

politisch und ökonomisch inkonsequent, wenn die Regierung den nun ihr so sehr geschmähten „Wohlfahrtsstaat“ bei der Sozialpolitik abbaut, um ihn bei der Agrarpolitik neu aufzurichten.

Die Einfuhr der durch die Kontingentierung betroffenen Waren beschränkt sich insgesamt im ersten Halbjahr auf 200 Millionen, während unsere Exportausfuhr nach den durch die Kontingentierung betroffenen Ländern sich im ersten Halbjahr auf rund zwei Milliarden beläuft. Was daher für unsere Exportindustrie, die diese Massnahme in weitem Umfange als ausgeprägten Exportmord betrachtet, aus diesem Schritt erwächst und darüber hinaus für unsere so dringend notwendige allgemeine Handelsbilanz, wird jedermann mit grösster Sorge verfolgen müssen.

Doch ein sehr hoher Preis dafür bezahlt werden muß. Nicht ohne Zweifel, gezahlt nicht nur mit Zollschühungen und Exportkontingentierungen für die deutsche Ausfuhr, sondern auch mit einem Preis, der sich zahlenmässig nicht erschöpfen läßt, mit schwerster Wirtshaltung gegen Deutschland, mit der gefährlichsten psychologischen Belastung seiner Wirtschaft heute nicht mehr leicht ausserpolitischen Position. Es ist die „grösste Erzeugungsschicht“ dieses sogenannten Agrarprogramms, daß es alle Länder gleichzeitig handelspolitisch zu unserem Feind zu machen droht. Und dazu ist aus verschiedenen Gründen noch zu befürchten, daß das Papensche Hilfsprogramm für die Landwirtschaft sich auf die Dauer als Programm gegen die Landwirtschaft erweisen wird.

Währung hat wahrhaftig viel und mehr getan für die Agrarwirtschaft, ohne aber die Interessen der anderen Wirtschaftsklassen auf Spiel zu setzen. Gewiss kostete die Agrarhilfe Brünings viel Geld, die Papensche Politik uns aber die Exportchancen und die Zahlungsfähigkeit als Industrieland. Früher, wenn die Männer der jetzigen Regierung seine Abenteuer sind und das Volk nicht aus Eigenem in neues Elend stürzen wollen, dann müßten sie erkennen, welche Lehren sie

Was von Papen vergift

Die öffentlichen Defizite

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits eingangs betont, daß die Bezeichnung „Wirtschaftsprogramm“ reichlich übertrieben erscheint, und daß m. E. an einem Wirtschaftsprogramm noch wesentliche Bestandteile fehlen, selbst wenn man die mittlerweile erlassenen agrar-, sozialpolitischen und sonstigen Massnahmen dabei noch berücksichtigt.

Staatsfragen in Reich, Ländern und Gemeinden.

Die Staatskassen bis heute bereits einen Fehlbetrag von rund 1,2 Milliarden auf, der bis zum Ablauf des Rechnungsjahres auf rund 1,7 Milliarden geschätzt wird. Es ist wohl richtig, daß man beim Beginn einer Wirtschaftsoberlegung nach der Richtung keine allzu große Angst zu empfinden braucht, da ja dann auch allmählich die Steuerquellen wieder reichlicher fließen und so die Fehlbeträge nachträglich abgedeckt werden können. Für alle Fälle müßte m. E. eine verantwortungsbewusste Regierung die Steuerentlastungen im Ausmass von rund 2 Milliarden in den Jahren 1933 bis 1938 durch verminderte Ausgabenpolitik kompensieren. Wir hätten nach der Richtung zweckmäßigerweise ein Vakuum der Regierung gewünscht.

Wir fürchten, daß die Regierung Papen außer von dem geistigen und finanziellen Anlagekapital, dem Ansehen und der Ordnung, die Brüning schuf, nur noch vom Pump auf die Zukunft lebt. Es muß schliesslich erden, wenn die Spekulation auf die Belebung der Wirtschaft eine Fehlspekulation wird. Ge-

hr ihre Handelspolitik aus den Erfahrungen der letzten 14 Tage zu ziehen haben!

Warnung an die Regierung

Ich nannte vorhin als Drittes eine brauchbare psychologische Atmosphäre für eine erwünschte Wirtschaftsbelebung. Noch nie hat vielleicht das Wort so hart geölt wie bei unserer heutigen außen- und innenpolitischen Depression:

Politik ist Schicksal der Wirtschaft und Wirtschaft Schicksal des Volkes.

Wenn wir diese verschiedenen, hauptsächlich auf psychologischen und ökonomisch widersprüchlichen Gebieten liegenden Einengungen und Vorbehalte zu der handelspolitischen Rettungsarbeit der Regierung von Papen machen, so wollen wir wahrhaftig nicht aus irgendeiner parteipolitischen Einstellung heraus die wirtschaftlichen Rettungsversuche der Regierung einseitig und einseitig kritisieren. Wir wünschen aufrichtig, daß sie im Interesse unseres Volkes und unserer Wirtschaft erfolgreich sein möchten. Nicht die unfruchtbare Negation, sondern nur die operetive Arbeit für das Mögliche, die von der Sorge für unser ganzes Volk und unsere Wirtschaft getragene sachliche Kritik allein vermag uns die Dinge noch weisern zu helfen. Es ist von jeder Tradition der Zentrumspartei gewesen, das Gute auch am Gegner anzuerkennen und zu dessen Durchführung sachlich die Hand zu bieten, aber auch laut und deutlich zu warnen und zu hemmen, wenn es nötig erscheint, wenn die Volksinteressen in Gefahr sind und einseitige Interessen zu hart gepiekt werden.

Es gibt für die Zentrumspartei keine Negation um der Opposition willen, um wenigstens einer Person willen. Die Opposition der Zentrumspartei ist auch keine Opposition um ihrer selbst willen. Die Partei kennt vielmehr aus eigener hingebender Arbeit genau und genügend die unermesslichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation und benützt diese nicht, die an der Stelle ihrer Freunde jetzt den Versuch machen, das herumbräute Staatsschiff in Sicherheit zu bringen, um die von ihnen anscheinend leichtsin übernommene Verantwortung. Die Partei läßt aber ihrerseits die Pflicht, zu raten und zu warnen, ihre Stimme zu erheben, wenn immer die leitenden Persönlichkeiten Fehler machen oder irren.

So fühlen wir uns vor Gott, dem Gewissen und dem deutschen Volke verpflichtet, die Regierung warnend anzupprechen:

Ein Erfolg wird nur dann eintreten können, wenn die ganzen wirtschaftlichen Massnahmen auch den für ein Gelingen psychologisch notwendigen Reaktionsboden im ganzen Volke vorfinden, der heute leider nicht vorhanden ist. Die Schuld hieran ist aber sachlicherweise nicht dem Volk, sondern der Regierung zuzuschreiben!

hunde Wirtschaftspolitik allein ist es nach unserer Auffassung, wenn nicht die Regierung selbst spekuliert, sondern durch eine wohlüberlegte und weitgehende Selbstopferteilung dem privaten Unternehmer die Voraussetzungen für das Gelingen schafft.

Einen wesentlichen Bestandteil eines Wirtschaftsprogrammes bedeutet für uns auch

die Währungsfrage, und eng damit verbunden die Manipulierung unserer Auslandswährung, bzw. unserer Devisensituation.

Es würde zu weit führen, hierüber nähere Ausführungen zu machen. Ich stehe nur, daß bei unserem derzeitigen Devisen- und Goldbestand von rund 950 Millionen, wovon rund 450 Millionen nicht aus dem Ausland, sondern aus dem Ausland in unseres Ausland überführt sind, auf die Dauer eine Zahlung der rund 1,2 Milliarden Bilanzlücken usw. an das Ausland pro Jahr eine absolute Unmöglichkeit und eine Gefährdung unserer Währung bedeuten würde. Es liegen hier Gefahren, die noch dadurch größer werden, daß wir bei den steigenden Rohstoffpreisen für unsere notwendigen Rohstoffbestände, und zwar bei gleichem Quantum, schon heute rund 25 Prozent Devisen mehr benötigen haben.

In einem wirklichen Wirtschaftsprogramm ist nach unserer Auffassung

neben dem Gesichtspunkt der sofortigen auch der einer systematischen allmählichen Behebung unserer Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen.

Ich kann hierbei im Rahmen dieses Vortrages nur andeutungsweise einige Fragen berühren: die außerhäusliche

Das Kreuz des Kilian Unruh

Roman von Rudolf Ullsch.

(15. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Sie hatte ihr feines und herrliches Wesen vollständig abgelegt, freudevolle sein Gesicht, küßte ihn sogar herzlich auf den Mund. „Bring mir den grössten Krug, der im Hause ist, Wärbel“, sagte er, seine Stimme klang noch immer rau und hart ...

3. Kapitel.

Als Kilian nach Hause ging, war es Mitternacht. Er hatte sehr viel getrunken. Trotdem gelangte er auf dem holperigen Dorfweg schnell vorwärts, obwohl er manchmal ein wenig nach den Seiten schob.

So nett war die Wärbel noch nie zu ihm gewesen wie an diesem Abend. Also konnte sie doch auch anders sein. Zweifellos: die Wärbel war ein Gepons für ihn — war kerngesund, kräftig, konnte arbeiten wie ein Mann — also, als ob sie von Gott extra für ihn geschaffen worden sei. Und eine solche Frau müßte er haben. Keine andere. Dann brachte sie auch Geld mit — und nach dem Tode des Alten fiel ihr noch manch gut Stück Land und Wald und wohl auch noch ein Duzend Hütentage zu. Was schadet es da, wenn sie etwas eigen- und vielwillig war. Ganz ohne Fehler war ja letzten Endes kein Mensch. — Gut war es, daß er die Fremde aus dem Hause gestohlen hatte; sie hätte ihm sicherlich allerlei mißliebige Scherereien geschaffen. Wer weiß, was alles durch sie entstanden wäre? — Nein, nein, nur kein Abenteuer — nichts durfte zwischen seine Pläne treten. Auch wollte er nichts Fremdes im Hause — ungemütlich wäre es immer dort gewesen. Nein, nur nichts Fremdes ...

Am Himmel zogen viele kleine, vom Mond erhellte Wolken in rascher Fahrt gen Norden. Sie waren so niedrig, daß sie fast die Spitzen der Berge streiften. Ihre Schatten wanderten über die Erde, sprangen über Bäume und Häuser hinweg wie geheimnisvolle körperllose Wesen.

Fast am Ende des Dorfes begegnete Kilian einigen

Männern, die sich noch eifrig über irgendeine Sache unterhielten. Er erkannte sofort die Stimme des Soldaten Gustav Schwengle. Natürlich führte er wieder das Wort. Glaube wohl, geht der Held des Tages zu sein — dieser Leichtfuß und Windbeutel. Bildete sich was darauf ein, unter Wallenstein gebiert zu haben. — Sein Vater, der alte Hüttenhulze, dem er vor Jahren durchgebrannt war, hätte ihn gar nicht mehr aufnehmen sollen. Aber er hatte, als er zurückkehrte, klingende Münzen in der Tasche, und als der Sohn einige Goldstücke blinken ließ, die er vielleicht irgendwo einem armen Teufel gestohlen hatte, war der Jörn des Alten verloren und er nahm ihn in Gnaden wieder auf. — Jetzt erzählte dieser Laugenichts im Dorf von seinen Heldentaten und Abenteuer und log dabei, daß man es fühlen konnte. Arbeit schien ihm ein fremder Begriff geworden zu sein, den ganzen Tag über lungerte er herum und spielte den großen Herrn, schäuferte mit den Wädeln und stahl seinem Herrgott die Zeit weg. Kilian besah für solche Menschen wenig Sympathien, er behandelte Gustav Schwengle mit Geringschätzung und Verachtung, wie ihm ja überhaupt alles, was nur nach Soldaten roch, zuwider war. Dieser Schwengle hatte auch sofort nach seiner Rückkehr bei der Wärbel sein Glück versucht und sich von seinem Dünkel und Soldatenmut so weit hinreich lassen, daß die Wärbel es für nötig fand, sich mit einigen schallenden Ohrfeigen zu verteidigen. Jaja, die Wärbel konnte noch schlimmer draufschlagen als ein Schwede. Sie wurde ihrem Kilian nicht untreu wegen eines eingebildeten Soldaten.

Als Kilian an den Männern vorbeikam, sprach ihn Gustav Schwengle sofort an:

„Schwengle, hat dich aber deine Liebste lang festgehalten, Kilian!“

Er lachte so laut, als ob er wunders was gesagt habe. Am Kilians Mund spielte nur ein verächtliches Lächeln. „Ich denke nicht, daß du etwas dagegen hast“, versetzte er brüsk.

„Gott bewahre, ich freue mich stets, wenn jemand Glück bei den Mädchen hat!“

„Recht so“, sagte Kilian im Weiterschreiten, „dann hätte wenigstens auch was davon. Viel mehr wüßte wohl nie haben ...“

Gustav Schwengle verzog das Gesicht und streich sich den

keinen Schnurrbart. Mit diesem Bauern da ließ sich nicht gut Kirchen essen. Schon als Bub — er war fast so alt wie Kilian — hatte er nie recht mit ihm harmonieren können. Wie oft hatte er sich mit ihm gefachelt und gekant. Kilian war noch genau so wie früher.

Und Kilian dachte: Er soll mich in Ruhe lassen, der Windbeutel! — Ich will mit einem Soldaten nichts zu tun haben. Ob er bei den Schweden war oder den Wallensteinern, das ist mir egal. Alle taugen keine Bohne. Bauernschinder sind sie alle gewesen. Der Rudolf soll es holen — das Soldatenpad.

Nun näherte er sich seinem Gehöft. Er stampfte über einen zerfahrenen Flußweg. Tief drückten sich die Wärbel der Stiefel in die vom Regen aufgeweichte Erde. Zahl lag der Schein des Mondes auf den toten Feldern. Jetzt erst dachte Kilian an die Fremde und es drängte sich ihm die Frage auf: Wo mag sie jetzt weilen? — Wohin hat sie sich gewendet? ... Es muß doch eigentlich schrecklich sein, so ganz mütterleienallein — und dann noch als schwaches Mädchen — durch die Nacht zu irren, ziellos — und ohne zu wissen, was der morgige Tag bringt. — Kilian verspürte eine Regung des Mitleids in seiner Brust, doch gleich unterdrückte er sie und sagte grimmig: „Mag sie leben, wo sie hinkommt! Was geht sie mich an?“ — Die Wärbel hatte recht: „Mein Haus muß mir zu schade sein für so eine ...“

Ruhig und still lag der Hof da, nichts regte sich, kein Licht erhellte die Fenster. Der Knecht war natürlich schon längst zu Bett gegangen, der Schuster auch. Also der Schuster hatte der Wärbel berichtet, daß eine Fremde in seinem Hause sei. Das soll dir leid tun, Schuster! — Kilian konnte keine Klatschbasen leiden.

Er stand vor der Tür und wollte gerade öffnen, da hielt er plötzlich ein. Regte sich dort nicht etwas unter dem Lager des alten Wagens? — Wirklich, da lag jemand auf einem Bund Stroh. Kilian sah nur ein dunkles Etwas. Seine Wädel bohrten sich durch die Dunkelheit. Er konnte keine Furcht, dies Gefühl war ihm fremd. Doch mit großer Vorsicht näherte er sich dem Wagen, denn in diesen Zeiten war der Besuch von Räubern und Dieben keine Seltenheit. Instinktiv nahm er, während er langsam vorwärts schritt, eine Peitsche von der Wand des Hauses und faßte den dicken Eisenstiel so an, daß er sofort anschlagen konnte. (Fortsetzung folgt)

Berufsarbeit
Popelner
Penlonso
tragbare
unserer
diff
flemeren
fals, und
der imme
Wasser, E
erträglich
mäßigung
endliche
Bei
dieser Ma
nöllig
brauchen,
gehend
erreich
annähern
Arbeitslo
Die
Kodm
jahrelang
tenden
und preis
damit die
Storump
bringen;
über die
Wieder
und der
werpersön
ich auch
diesem D
gleich de
entgegeng
Die
meiner
ihres Tra
dieses Ten
organische
allen Teil
schilligen
namentlich
gestaltung
Der
partikell
eine Här
haltungsg
Kote geb
Wir
öffentl
munge
wirtschaft
allen Dir
für zu
Notmalp
Unfe
Die
tete, groß
von em
dem Vol
im Ofter
auch über
häftnis
wieder
lungen
machen
Wirtschaft
Wichtigke
ist mehr
dieser
Briwa
haupt
pläne
die Schö
Sinn
tumserh
konfession
Der
Unter
denah
im Ofen
lungsp
Reibung
Unfe
gramm
handlet
möglich
Taufend
unserem
Wieder
würde.
Re
Es
Partei,
tließen
in alle
Arbeits
ihrem
gewisser
bomba
der Off
damit
zierun
rungszep
Die
dah unfe
diese W
vielmehr
lichter
zusammen
hnd; W
damit
Stand
Die
einer
Kändi
wirtschaft
Einjag
schäftlich
Wir
mütig

Verursachen der verheirateten Frauen und Beamten, den Doppelverdienenden, den Schwarzarbeitern, eine Reduzierung des Pensionalters, des Altersalters, eine wirtschaftlich und sozial tragbare Umgestaltung der Arbeitszeitverfassung auch auf unsere öffentliche Wirtschaft, die Rückverlegung des Volksschulalters auf 7-10 Jahre, eine Auslöschung der Existenz der kleineren und mittleren Betriebe besonders bedrückenden Symbiots, und ferner gebundenen Koststoffpreise, eine Verbilligung der immer noch viel zu hohen öffentlichen Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, eine Klärung der nach wie vor untraglich hohen Kredit- und Zinsbedingungen, eine Ermäßigung der Frachttarife der Reichsbahn und schließlich eine endliche Regelung des Kolonialproblems.

Die Stärkung des Mittelstandes

Notwendig ist meines Erachtens auch, daß die unglücklichen, jahrelang kritiklos hingenommenen Zentralisierungstendenzen der letzten zehn Jahre in unserer öffentlichen und privaten Wirtschaft schärflich zurückgebildet werden. Die damit verbundene Entpersönlichung, Zentralisierung und Konzentrierung der Wirtschaft kann uns keine Besserung bringen; der Rettungsweg geht nach unserer Auffassung nur über die Dezentralisierung, die zur

Wiedererhaltung unserer kleinen und mittleren Betriebe und der wieder viel stärkeren Betonung der freien Unternehmerpersönlichkeit führt. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Notwendigkeit und Möglichkeit, die Technik diesem Dezentralisierungsprozeß dienlich zu machen und zugleich der folgenschweren Entindustrialisierung des Landes entgegenzuwirken.

Die Zentrumspartei wird gerade in heutiger Zeit entgegen der Anschauungsmeinung hinsichtlich Eigentum und Privatwirtschaft sich deutlich gegen jede Verwässerung ihres traditionellen sozialen Eigentumsbegriffes mit sozialistischen Tendenzen irgendwelcher Art verhalten und für eine organische Fortentwicklung unseres derzeitigen, nicht mehr in allen Teilen gesunden Wirtschaftssystems im Sinne unserer christlichen sozialistischen Wirtschaftsethik und Gesellschaftslehre, namentlich auch in Richtung einer herausragenden Wirtschaftsgestaltung einsetzen müssen.

Der Umbau unserer ganzen Sozialversicherung auf einer paritätisch ausgebalancierten Selbstverwaltungsbasis, insbesondere eine stärkere Betonung der Familie als Erwerbs- und Unterhaltungsgrundlage, wird unserem Programm eine besondere Note geben.

Wir werden auch darauf drängen müssen, daß unsere öffentlichen wirtschaftlichen Großunternehmen, die Reichsbahn, Post usw. in noch stärkerer Nähe wirtschaftslebend eingestuft werden als bisher und daß vor allen Dingen die diesen Unternehmen gebührende Entlastung für zusätzliche Arbeitsbeschaffung nicht in ein Normalprogramm, sondern wirklich zusätzlich eingestuft werden.

Trotz allem: Siedlung

Unsere ganz besondere Sorge gilt nach wie vor der Siedlung.

Die von unserem Kanzler Brüning mit Weitsicht eingeleitete, großartige Siedlung ist nationalpolitisch für den Osten von eminenter Bedeutung; sie wird bevölkerungspolitisch aus dem Volk ohne Raum im Westen mit dem Raum ohne Volk im Osten einen allmählichen Ausgleich schaffen und vor allem auch durch eine gezielte Reorganisation ein gesundes Verhältnis zwischen Industrie und Agrarwirtschaft in Deutschland wieder herbeiführen. Entlastung der großen Zusammenballungen in den Industriezentren des Westens und neu des Durchwühlens des Großgrundbesitzes im Osten mit bäuerlicher Kleinwirtschaft und Kleingewerbe ist eine Aufgabe, deren Wichtigkeit nur durch ihre Dringlichkeit übertrieben wird. Es ist mehr als tragisch und eine historische Schande, daß speziell an dieser geradezu schicksalhaften Aufgabe Reichskanzler Brüning aus durchaus unglücklichen Gründen hauptsächlich scheitern mußte. Seine Siedlungspläne waren nicht durchführbar. Es erstrebten im Gegenteil die Schaffung neuen Eigentums und waren darum im besten Sinne des Wortes wohnhaft eigentumsfreundlich und eigentumsverhaltend. Auch die Abschaffung der Siedlungspläne aus formalen Gründen war unglücklich und nicht gerechtfertigt. Der sozialistische Osten, der fortgesetzt für die wirtschaftliche Unterfütterung des Ostens in Anspruch genommen wird, hat schon deshalb ein Recht darauf, daß seine überschüssige Bevölkerung im Osten Raum für Ansiedlung findet. Wir wollen die Siedlungsarbeit noch weiter ausgedehnt wissen auf die Alltagsarbeit und die Stadterweiterung.

Unsere besondere Aufmerksamkeit soll einem Reparaturprogramm an unseren rund 15 Millionen Wohnungen gelten! Es handelt sich hier um eine bevorstehende Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit, die in dezentraler Weise an Tausend und aber Tausend von Stellen gleichzeitig einsetzen kann und die speziell unserem gewerblichen Mittelstand die zu seiner Rettung und Wiedererhaltung so notwendige Hilfe und Beschäftigung geben würde.

Keine Phantasieprogramme

Es kann aber unmöglich im Sinne der Tradition unserer Partei, die stets sachliche und absolut realistische Politik getrieben hat, liegen, irgend ein Phantasieprogramm in alle Welt hinauszugeben, um damit das Elendproblem der Arbeitslosen lösen zu wollen. Eine Zentrumspartei kann aus ihrem strengen Verantwortungsbewußtsein heraus, diese Lösung gewisser radikaler Gruppen unmöglich aufnehmen, die vielfach von dem falschen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Öffentlichkeit vorgehen und in unverantwortlicher Weise damit falsche Hoffnungen erwecken, sich aber um deren Finanzierung meist gar nicht kümmern oder mit gefährlichen Währungsversuchungen verbinden.

Die Zentrumspartei sieht vielmehr auf dem Standpunkt, daß unser Elendproblem durch irgendeine einzige noch so grandiose Maßnahme unmöglich beseitigt werden kann. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß wir in gebührender und sachlicher Weise ein Sozialbild kleiner und mittlerer Maßnahmen zusammentragen müssen, die alle auf das eine Ziel eingestellt sind: Wie retten wir unsere Wirtschaft und wie bringen wir damit unsere Arbeitslosen-Ziffer wieder auf einen erträglichen Stand zurück?

Die Lösung dieser Frage wird von uns im Gesamtrahmen einer Steuerordnung der Wirtschaftsgesellschaft auf der Basis der Nationalökonomie und der Sozialpolitik angeht; sie ist für uns höchstes wirtschafts- und sozialpolitisches Gebot, dem wir uns unter Einsatz aller Energien in sachlicher, sozial gerechter und wirtschaftlich vernünftiger Weise unterwerfen.

Wir brauchen Wirtschaftspläne, die nicht nur fähig und mutig sind, sondern vor allen Dingen auch durchführbar.

Eine ganz große Voraussetzung für die Wiedergewinnung unserer Wirtschaft ist nach unserer Auffassung auch

Wiedererhaltung der Geschäftsmoral und Sauberkeit, sowohl auf Schuldner-, wie auch auf Gläubigerseite. Auch der Schutz des Schuldners darf nicht soweit gehen, daß darüber die Gerechtigkeit gegenüber dem Gläubiger Schaden leidet.

Wir christlichen Unternehmer müssen uns besonders berufen fühlen, für ein sauberes, seiner hohen Verantwortung und Mission für das Volksganze bewußtes Unternehmertum zu kämpfen. Wir müssen dahin wirken, daß Treu und Glauben in der Wirtschaft, die heute in erschreckendem Umfange nur noch eine Formel sind, wieder Inhalt und Geltung bekommen.

Oberstes Gesetz für Rettung der Wirtschaft überhaupt aber ist, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dem schweren Ziel-

Kampf der Wirtschaft noch mehr und verständnisvoller zusammenrücken und sich nicht noch weiter auseinander manövrieren lassen. Die Leidtragenden sind zunächst die Leute der Wirtschaft, und zwar die Arbeitnehmer, indem sie arbeitslos werden, und die Unternehmer, indem sie mit ihren Betrieben vor die Hunde gehen, schließlich aber auch das ganze Volk. Belebung unserer Wirtschaft im Zeichen verständnisvoller Arbeitsgemeinschaft ist also das Ziel, dem die wirtschafts- und sozialpolitische Rettungsarbeit der Zentrumspartei gelten soll. Einigkeit und Geschlossenheit in unserem Kampf, um unsere Wirtschaft in jähem Ringen wieder aufzurichten und das Los der Vermissten der Armen wieder zu verbessern sei unsere Devise, Arbeit und Brot unsere Parole!

Zurück zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Vernunft! Zurück zu Brüningo Weg und Methoden — unser Wunsch und Ziel für Volk und Wirtschaft.

Aus dem Dresdner Stadtparlament

200 Prozent Bürgersteuer — Winterhilfe — Regiebetriebe

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, die letzte vor den Gemeindevahlen, stand sichtlich bereits unter dem Eindruck dieser Wahlen. Kommunisten und Nationalsozialisten versuchten in endlosen Reden ihre „Volksfreundlichkeit“ zu beweisen. Es war schon von vornherein klar, daß die umfangreiche Tagesordnung auch diesmal wieder nicht zu Ende geführt werden konnte.

Besonders bedauerlich war es, daß sogar die von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege organisierte Winterhilfe zu parteipolitischen Agitationsreden benutzt wurde. Der Stadtv. Müller (Zentrum) wies deshalb mit vollem Recht auf die Verantwortungslöslichkeit der Mitglieder des Kollegiums hin, die selbst an einem so zu begrühenden Hilfswerk ihre Parteifesseln lösen wollten.

Die von der Kreishauptmannschaft Dresden-Bauhen geforderte Erhöhung der Bürgersteuer konnte leider nicht erfolgen, da Kommunisten und Nationalsozialisten der Behandlung widersprachen. Infolgedessen wird die Kreishauptmannschaft nun die Erhebung der Bürgersteuer nach dem Satze von 200 Prozent im Wege des Zwangsvollzugs anordnen. Die Bevölkerung von Dresden hat es also den Kommunisten und Nationalsozialisten zu danken, wenn in der gestrigen Sitzung nicht Gelegenheit genommen werden konnte, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Dresden, 18. Oktober.

Vor Eintritt in die Sitzung widmete der Vorsteher dem verstorbenen ehrenamtlichen Stadtrat Paul Eichler einen warmen Nachruf.

Winterhilfe.

Stadtv. Dr. Süßler (Volksrechtsp.) erstattet Bericht über die Winterhilfe 1931/32 und teilt mit, daß diese allein in Dresden einen Ertrag von über 800 000 Mark gehabt habe. Trotzdem sei natürlich mit Rücksicht auf die Not dieser Betrag unzulänglich, so daß auch in diesem Jahre wieder an die Bevölkerung herangetreten werden muß. Hierzu sprechen Stadtv. Dr. Freund (Soz.), Richter (Nat.), Schneider (Komm.) und Wehner (Komm.).

Stadtv. Müller (Zentrum)

betont, daß man dem Gedanken der Winterhilfe einen schlechten Dienst erwiese, wenn man hier im Kollegium stundenlang sitze und die Not der Erwerbslosen zu Agitationsreden benutze. Im

Dresden und Umgebung

Brüning Spigenkandidat in Sachsen

Dresden, 18. Oktober.

Der Wahlvorschlag der Zentrumspartei für den Wahlkreis Dresden-Bauhen ist gestern eingereicht worden. Der Antragsrat der Reichsparteileitung folgend weist dieser Wahlvorschlag dieselben Namen auf wie bei der Juliwahl:

- Dr. Heinrich Brüning, Reichskanzler a. D., Berlin,
- Ludwig Kiehl, Farmer, Reichendach,
- Fritz Günther, Schulleiter, Reuterbof,
- Magda Fischer, Lehrerin, Dresden.

Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau steht an dritter Stelle Herr A. Holz, Textilmaschinen, Chemnitz, in den Wahlkreisen Chemnitz-Zwickau und Leipzig an vierter Stelle Frau G. Spigener-Wender, Leipzig.

Die für das Zentrum in Sachsen abgegebenen Stimmen kommen restlos dem Reichswahlvorschlag der Deutschen Zentrumspartei zugute, an dessen Spitze ebenfalls Dr. Heinrich Brüning steht.

Erneut eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben

In der Nacht zum 18. Oktober glückte es der Kriminalpolizei, in einer Pension in der Lütichaustraße abermals eine Falschmünzwerkstatt auszuheben und zwei Brüder aus Mannheim wegen Herstellung falscher Zweimarkstücke festzunehmen. Durch den überraschenden Zugriff konnte das gesamte Herstellungsmaterial und eine Anzahl Falschstücke beschlagnahmt werden. Die beiden Festgenommenen sind gefänglich in Dresden etwa 30 Falschstücke herausgabte zu haben. Die Stücke sind verhältnismäßig gut nachgemacht und im Verkehr noch nicht gehalten worden.

Dresdens Defizit im Jahre 1930

Dresden, 18. Oktober. Den Dresdner Stadtverordneten lag in ihrer Sitzung am Montag eine Ratsovorlage betr. den Rechnungsführerbericht über den Haushaltsplan der Stadt Dresden für das Jahr 1930 vor. Danach ergibt sich für das Rechnungsjahr 1930 ein endgültiger Fehlbetrag von 7 281 249 Mark. Das Stadtverordnetenkollegium nahm von dem Bericht Kenntnis und bemängelte einige darin vorgesehene Ueberschreitungen von Budgetausgaben sowie die Ausgaben, für die Deduktionsmittel nicht vorhanden sind.

übrigen seien ja die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege schon völlig organisiert, die Ausschüsse hätten sich gebildet, an der Spitze der Oberbürgermeister. Es laufe bereits alles bestens

und es bliebe den Stadtverordneten nur noch übrig, heute von dieser Stelle aus die Dresdner Einwohnerlichkeit nochmals eindringlich zu bitten, mit Rücksicht auf die große Not in weiten Kreisen doch auch in diesem Jahre die Winterhilfe mit möglichst viel Spenden zu bedenken, damit wir über den kommenden Winter, der jedenfalls nicht leichter sein würde, wie der vorhergehende, hinwegkommen könnten!

Es wird dann einstimmig folgendes Entschlossen angenommen:

Kollegium wolle 1. von dem Schreiben des Rates vom 24. August 1932 Kenntnis nehmen, 2. auf Grund des Berichtes über die Winterhilfe 1931/32 den Rat ersuchen, a) die Eingänge der Geld- und Sachsammlungen möglichst von einer zentralen Stelle lediglich nach fürsorgereichen Gesichtspunkten zur Verteilung zu bringen und auf die freien Wohlfahrtsorganisationen einzuwirken, ihre Sonderpenden in engerer Fühlungnahme mit dem Fürsorgeamt zu verteilen, b) im kommenden Winter Unzulänglichkeiten zu vermeiden, wie sie sich bei der Kleider- und Ausgabensammlung von Gutscheinen, der Kohlen- und Kartoffelbeschaffung herausgestellt haben.

Auf eine sozialdemokratische Anfrage, ob der Rat beabsichtigt,

die städtischen Regiebetriebe abzubauen.

erklärt Oberbürgermeister Dr. Küll, daß der Rat nicht die Absicht habe, die Regiebetriebe, besonders auch den Markt, abzubauen.

Es wäre allerdings im Interesse der steuerzahlenden Gewerbetreibenden besser, wenn einige städtische Regiebetriebe, die in die mittelständischen Existenzen hereinkommen, endlich beseitigt würden. U. a. muß unbedingt eine Einschränkung des städtischen Marktes, der dem freien Fuhrgewerbe seit jeher außerordentlichen Schaden zufügt, erfolgen. Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Verhältnisse für Erwerbsbeschäftigte, die ja zum größten Teil den selbständigen Schuhmachern die Arbeit wegnehmen. Hier hat das neugewählte Stadtverordnetenkollegium ein großes Feld der Betätigung. Die Zentrumspartei wird entsprechend ihrer bisherigen Einstellung nachdrücklich für die berechtigten Forderungen von Handwerk, Handel und Gewerbe einzutreten haben.

Studentenwerk-Lagung in Jena

Vom 21. bis 23. Oktober treten in Jena nach zweiwöchiger Pause die Leiter und Mitarbeiter der Studentenwerke sämtlicher deutscher Universitäten und Hochschulen zu weitläufigen Beratungen zusammen. Eine große Zahl von Professorennen und Freunden der akademischen Jugend aus dem öffentlichen und Wirtschaftsleben sowie Vertreter der Reichs- und Länderbehörden werden der Lagung beiwohnen.

„Vom Essen und Trinken“

Veranstaltungen. Es finden täglich Veranstaltungen statt; die Teilnahme an diesen Veranstaltungen ist für die Besucher der Sommerchau unentgeltlich. — Mittwoch, 19. Oktober: Sonderveranstaltung 15.30 Uhr im großen Saal: Kaffeestunde „Frauen- und Kinder-Gymnastik“ (ausgeführt von Mitgliedern des Bundes geprüfter Gymnastiklehrerinnen Dresden e. V.: Frau Schulze-Seeliger, Wenzelsbach-Gymnastik — Traute Kehlender, Hellerau-Landenburg — Charlotte Wolff, Hellerau-Landenburg). Eintritt 60 Pf. einschl. Museumsbesuch, einer Tasse Kaffee und Gebäck. Vergünstigungen sind für diesen Nachmittag aufgehoben. — Donnerstag, 20. Oktober, 15 Uhr Führung: 15.45 Uhr Schnellkurs „Kleine Unfälle in der Küche“, 16.10 Uhr Kurvortrag „Die deutsche Markchenartoffel“. — Freitag, 21. Okt.: Sonderveranstaltung 15.30 Uhr im großen Saal: Kaffeestunde „Vom deutschen Gemüse und seiner Verwendung“. Allerhand Wissenswertes in Plauderei und Kochvorführung mit Kostproben (Darbietungen Dresdner Gemüsegärtner). Eintritt 60 Pf. einschl. Museumsbesuch, einer Tasse Kaffee und Gebäck. Vergünstigungen sind für diesen Nachmittag aufgehoben. — Sonntag, 22. Oktober, 15 Uhr Führung. — Sonntag, 23. Okt., 15 Uhr Führung. — An mehreren Nachmittagen außerdem Kochvorführungen. Öffnungszeiten: täglich 10-17 Uhr. Die Eintrittskarten zur Sommerchau berechnen zum Besuch der Schauausstellungen des Museums.

Ihr Freund an kühlen Abenden!

Jamaika-Rum Versch. 38%
Liter vom Faß RM 3.60.
Rum-Versch. 40%, N. R. R. 3.— 1.60.
Schwarzer Tee, echt Gepl. Original-Pakete: 0.80, 1.90, 3.60, 7.—
Kommen Sie zu
C. Spielhagen, Dresden
Annasstraße 9 — Ruf: 18336
Hautner Str. 9 — Galeriesstr. 6 — Weburgg. 25 — Striepenstr. 42

